

einem Widerspruch zugrunde gelegt würden, falls die Inhaber die neu angemeldeten Zeichen durch die Veröffentlichung kennengelernt haben.

Nach m. A. kann man aber keineswegs den Standpunkt vertreten, daß die Warenzeichenprüfung in der Mehrzahl der Fälle versagt hat. Wenn dies zutreffen würde, so müßte doch dieses schlechte Prüfungsverfahren durch eine entsprechende hohe Anzahl von Löschungsklagen korrigiert worden sein. Läßt man die letzten Kriegsjahre unberücksichtigt, so ergibt sich nach der Statistik<sup>13)</sup> aus der Zeit von 1894 bis 1939, daß in diesen 45 Jahren 518 400 Warenzeichen eingetragen worden sind. Von diesen sind in den gesamten 45 Jahren nur 900 Zeichen wegen absoluter Versagungsgründe und nur 775 Zeichen auf Grund gerichtlicher Entscheidungen gelöscht worden. Nimmt man an, daß von den auf Antrag der Zeicheninhaber in diesen Jahren gelöschten weiteren 10 000 Zeichen etwa die Hälfte wegen der Verwechslungsgefahr mit älteren Zeichen zurückgenommen worden ist, so ergibt sich insgesamt, daß höchstens 1% aller eingetragenen Zeichen nachträglich aus diesen Gründen gelöscht wurde. Bei einem derartigen Wirkungsgrad kann man aber doch nicht von einer schlechten Prüfung sprechen.

Welche Vor- und Nachteile ergeben sich nun für die Beteiligten bei Einführung des Aufgebotsverfahrens?

1. Ein wesentlicher Vorteil für das Patentamt besteht zweifellos darin, daß eine Prüfung der Kollisionszeichen nicht mehr notwendig ist, so daß an Personal, insbesondere an mittleren Beamten, gespart werden kann. Wenn bei dem Aufgebotsverfahren als Begründung des Einspruchs auch die Freizeicheneigenschaft o. dgl. des angemeldeten Zeichens geltend gemacht werden kann, so würde bereits hierbei über derartige Einwände entschieden und die Anzahl der Löschungsklagen nach § 8 WZG vermindert werden. Die Ansicht, daß beim Aufgebotsverfahren mit weniger Widersprüchen als bisher zu rechnen ist, da das Amt bisher zu viel Zeicheninhaber zum Widerspruch aufforderte, teile ich nicht. Im Gegenteil muß man m. E. damit rechnen, daß sich die Anzahl der Widersprüche wesentlich vergrößern wird. Dies liegt u. a. auch daran, daß den Kleingewerbetreibenden in den meisten Fällen die Begriffe der Verwechslungsfähigkeit der Zeichen und der Warengleichartigkeit nicht geläufig sind und ihnen die Rechtsprechung unbekannt ist. Bei dem Aufgebotsverfahren würden aber diese Kreise sicherlich Widerspruch erheben, mit denen sich das Patentamt auseinandersetzen muß. Das gleiche gilt für den Fall, daß Dritte auf Grund der absoluten Versagungsgründe, z. B. Freizeicheneigenschaft, widersprechen können; die Beurteilung dieser Gründe ist vielen Zeicheninhabern völlig fremd. Demnach kann mit einer wesentlichen Entlastung des Amtes durch das Aufgebotsverfahren nicht gerechnet werden, zumal die Beschlußfassung über die Uebereinstimmung durch entsprechend geschulte Beamte nach wie vor beim Amte verbleibt.

Nicht übersehen werden darf ferner, daß nach der bisherigen Amtsbüro die ermittelten Kollisionszeichen dem Anmelder vor Einleitung des Widerspruchsverfahrens mitgeteilt werden, damit dieser seine Anmeldung zurücknehmen oder einschränken kann. Da diese Möglichkeit beim Aufgebotsverfahren nicht gegeben ist, muß mit einem Zunehmen der Widersprüche gerechnet werden.

2. Jeder Zeicheninhaber kann bei dem Aufgebotsverfahren bestimmen, ob er auf Grund seines Zeichens oder absoluter Versagungsgründe Widerspruch erheben will, er ist somit nicht mehr von dem Prüfergebnis des Patentamtes abhängig. Diesem Vorteil gegenüber bestehen aber wesentliche Nachteile, die vor allem darin beruhen, daß jeder Zeicheninhaber die wöchentlichen Veröffentlichungen des Patentamtes laufend überwachen muß. Wenn er dies nicht selbst durchführt, so entstehen ihm durch diese von seinem Verband, Patentanwalt oder einem besonderen Büro o. dgl. durchzuführende Ueberwachung hohe Unkosten. Hierbei dürfte sich aber eine größere Unsicherheit ergeben als bei einer Ueberprüfung der älteren Zeichen durch das Amt, da mit der Nachlässigkeit der älteren Zeicheninhaber gerechnet werden muß. Adler<sup>14)</sup> zitiert hierzu m. E. mit Recht: „Andererseits setzt das Aufgebotsystem ein Interesse aller am Markenwesen beteiligten Verkehrskreise an den

Markenaufgeboten voraus, das nicht immer vorhanden ist und bei den kleineren Kaufleuten und Gewerbetreibenden auch nicht vorhanden sein kann“.

Von den Verfechtern des Aufgebotsverfahrens wird zwar betont, daß man den Gewerbetreibenden mit der Ueberwachung der Warenzeichenanmeldungen nicht mehr belaste als bisher mit dem Einspruchsverfahren gegen die bekanntgemachten Patentanmeldungen. Hierbei wird m. E. übersehen, daß derjenige Erfinder, der nur ein oder wenige Patente besitzt, meist eine Ueberwachung der bekanntgemachten Patentanmeldungen überhaupt nicht vornehmen läßt; denn der Erfinder weiß, daß bei dem amtlichen Prüfungsverfahren sein Patent vom Amt bereits berücksichtigt ist, daß also eine Doppelpatentierung praktisch nicht vorkommt. Im Patenterteilungsverfahren wird aber meist der Einspruch mit Material begründet, das dem Patentamt nicht bekannt ist, z. B. offenkundige Vorbenutzung oder druckschriftliche Vorveröffentlichung in Katalogen u. dgl. Man kann daher auf keinen Fall das Aufgebotsverfahren in Warenzeichensachen mit dem Einspruchsverfahren gegen Patentanmeldungen vergleichen, da bei dem Aufgebotsverfahren die vorherige amtliche Prüfung fehlt und das Aufgebot nicht eine Ergänzung des amtlichen Prüfungsverfahrens, sondern ein Ersatz sein soll.

3. Einen Vorteil für den Anmelder eines neuen Warenzeichens kann man beim Aufgebotsverfahren nicht feststellen. Zweifellos muß der Anmelder davor bewahrt werden, Zeit und Geld auf die Einführung eines Zeichens im Verkehr zu verwenden, das ihm nicht zusteht und das er deshalb nicht beibehalten kann. Aus obigen Ausführungen dürfte sich bereits ergeben, daß diese notwendige Rechtssicherheit beim Aufgebotsverfahren auf keinen Fall größer sein wird als beim bisherigen Widerspruchsverfahren, da mit Bestimmtheit damit gerechnet werden kann, daß an sich berechtigte Widersprüche absichtlich oder unabsichtlich unterbleiben. Die Unsicherheit für den Anmelder besteht mithin in der Masse der nichtkontrollierenden Zeicheninhaber. Außerdem hat er, wie auch schon erwähnt wurde, mit mehr unberechtigten Widersprüchen als bisher zu rechnen. Will aber der Anmelder mit einiger Sicherheit die Rechtsbeständigkeit seines Zeichens erreichen, so wird er unabhängig von dem Aufgebotsverfahren eine eigene Nachforschung nach entgegenstehenden Schutzrechten durchführen lassen. Eine solche Nachforschung ist aber umständlich und teuer, bisher hat das Patentamt diese Nachforschung für ihn sehr billig durchgeführt. Aber nur durch eine das Aufgebotsverfahren ergänzende eigene Nachforschung kann der Anmelder eine spätere Löschungsklage wegen eines unterbliebenen Widerspruchs vermeiden.

Ein weiterer Nachteil für den Anmelder besteht darin, daß er vor der Einleitung des Widerspruchsverfahrens keine Mitteilung der Gegenzeichen erhält, so daß er seine Anmeldung nicht vorher einschränken oder zurückziehen kann. Da mit Widersprüchen auf Grund zu weit gehender Auslegung des Zeichenschutzes gerechnet werden muß, besteht für den Anmelder die Gefahr, daß er Abfindungssummen an Widersprechende aufwenden muß, wenn er es nicht auf die Entscheidung des Amtes ankommen lassen will.

4. Für die Allgemeinheit liegt zweifellos ein Vorteil vor, wenn bei der Einführung des Aufgebotsverfahrens von jedermann Widerspruch wegen absoluter Eintragungshindernisse erhoben werden kann, da es auf diese Weise möglich ist, die Eintragung von Freizeichen o. dgl. zu verhindern. Demgegenüber ergibt sich jedoch eine wesentliche Erhöhung der Arbeitslast und der Kosten für alle am Warenzeichenrecht Interessierten, da die bisher allein vom Amt geleistete Ueberprüfung der eingetragenen Zeichen nunmehr vervielfältigt werden ist und an den verschiedensten Stellen mit mehr oder weniger großer Genauigkeit durchgeführt werden muß. Der Gedanke, sagt Wirth<sup>15)</sup>, das Prüfungsgeschäft auf Tausende von Prüfungsstellen zu verteilen, muß vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt als ein Unfug erscheinen. Nach m. A. bringt das Aufgebotsverfahren nur eine Vergrößerung der Rechtsunsicherheit mit sich, die es nicht rechtfertigt, das in 50 Jahren bewährte Offizialverfahren aufzugeben.

Schließlich sei noch auf den Vorschlag hingewiesen, das Aufgebotsverfahren nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung des amtlichen Prüfungsverfahrens auf Kollisionszeichen einzuführen. Abgesehen von der m. E. unnötigen Verdoppelung der Ueberprüfungsarbeit besteht bei dieser Einschaltung des Aufgebots die große Gefahr, daß beide Verfahren nicht sorgfältig genug durchgeführt werden, so daß die Rechtsunsicherheit auch hierdurch nicht beseitigt wird. —GR 1517—

<sup>13)</sup> Blatt 1940, S. 53.

<sup>14)</sup> GRUR 1920, S. 134.

## Gesetze, Verordnungen, Entscheidungen

### Vereinigt Wirtschaftsgebiet

**Bewirtschaftung von Verbandmitteln.** Anordnung I v. 3. 9. 1948 z. Durchführung d. Anordnung II/48 v. 18. 6. 48. VfWMBl. 1948 I S. 336.

**Bewirtschaftung von Kohle.** Anordnung v. 9. 9. 48 z. Aenderung d. Anordnung 2/1/48 v. 9. 5. 48. VfWMBl. 1948 I S. 336.

**Kontingentverteilung mittels Schecks, Kontingentgewicht für Stahlflanschen, Anforderung von Eisenmarken an Stelle von Bestellschecks, Sperrung von Schecknummern.** RdErl. 1/7/48 (VSE) v. 10. 8. 48. VfWMBl. 1948 I S. 336.

**Einführung der Devisen-Gutschriften.** JEIA-Anweisung 20 v. 15. 6. 48, in Kraft seit 21. 6. 48. VfWMBl. 1948 I S. 341.

**Preise für stickstoffhaltige Düngemittel.** Anordnung PR 84/48 v. 27. 7. 48, in Kraft seit 27. 7. 48. VfWMBl. 1948 II S. 140.

**Eisenbahn-Güter- und Tiertarif.** (Tarifierhöhung um 40%) 1. Anordnung v. 12. 8. 1948. Tarif- u. Verk.-Anz. d. Eisenb. d. ö. Verk. v. 14. 8. 48, S. 133.

**Reichskraftwagentarif.** (40%ige Erhöhung) 1. Anordnung v. 12. 8. 1948 in Kraft 2 Wochen nach Verkündung. Verk. Bl. d. Ver. Wirtsch.-Geb. 18 v. 16. 8. 48, S. 63.

**Platinpreis.** (Ankaufspreis für Scheideanstalten und Händler DM 9.20 je gf., Verkaufspreis höchstens DM 10.15 je gf.) Erlaß PR 148/48 v. 25. 8. 48, in Kraft seit 20. 8. 1948. VfWMBl. 1948 II, S. 144.

**Gebühren im Post- und Fernmeldewesen.** 2. Anordnung v. 8. 8. 48, in Kraft seit 1. 9. 1948. Amtsbl. d. Hauptverw. f. d. Post- und Fernm. W. d. Ver. Wirtsch.-Geb. v. 23. 8. 48, S. 147.

**Herstellung, Lieferung und Bezug von Erzeugnissen des Maschinenbaues, des Fahrzeugbaues, der Elektrotechnik, der Feinmechanik und Optik, sowie von Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren.** (Aufhebung von Bewirtschaftungsmaßnahmen) Anordnung techn. Erzeugn. I/48 v. 18. 6. 48. Offentl. Anz. v. 6. 8. 48, S. 3.

**Herstellung, Lieferung u. Bezug v. Erzeugnissen d. Holzverarbeitung.** (Aufhebung v. Bewirtschaftungsmaßnahmen) Anordnung Holzverarbeitung I/48 v. 18. 6. 48. Offentl. Anz. v. 6. 8. 48, S. 3.

**Herstellung, Lieferung und Bezug v. Glas u. Keramik.** (Aufhebung v. Bewirtschaftungsmaßnahmen) Anordnung. Glas u. Keramik I/48 v. 18. 6. 48. Off. Anz. v. 6. 8. 48, S. 4.

**Bewirtschaftung von Kautschuk u. Ruß.** Anordnung Kautschuk I/48 v. 24. 6. 48. Off. Anz. v. 6. 8. 48, S. 4.

**Bewirtschaftung von Reifen.** Anordnung Kautschuk I/48 v. 24. 6. 48. Off. Anz. v. 6. 8. 48, S. 5.